

Etatrede

des Sprechers der Gruppe

BÜRGERFRAKTION

im Gemeinderat der Stadt Mannheim

Eberhard Will

zum Doppelhaushalt 2018/19

11. Dezember 2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeister und Stadträte,
meine Damen und Herren von der Verwaltung, den Medien und auf dem Rang

Der Jackpot

Beim Abfassen ihrer Haushaltsreden gingen die Fraktionen noch davon aus, dass irgendwo ein Jackpot von wenigstens 60 Mio Euro zur phantasievollen Verwendung stünde. Dennoch träumte die vereinigte Großlinke von der zusätzlichen Aufhebung des sogenannten Verschuldungsverbotes. Ich sage „sogenannt“ weil es sich in Wirklichkeit nicht um ein Verbotsschild handelt, sondern um ein Umleitungsschild. Wer zu den Geldtöpfen möchte, soll einen kleinen Umweg zu den städtischen Gesellschaften einschlagen. Dort gibt er einfach ein Ticket mit der Aufschrift „Bürgerschaft“ ab, und schon kann er alles anmieten, was das Herz begehrt, z.B. Archive, Schulen, Grünhöfe, ja sogar ganze Rathäuser und bei Bedarf auch Bibliotheken und vielleicht sogar ein Opernhaus. Wenn nur hinterher die dauerhaften Mieten und die Gewinnsteuern nicht wären!

Klinikum

Spätestens seit vorletzter Woche sind jetzt alle Stadträte ernüchert. Das Klinikum ist ein komplexes Ding, und die Restrukturierung dauert etwas länger. Jetzt ist der Jackpot leer. Ich fasse in aller Kürze unseren Standpunkt nochmal zusammen:

- Das Klinikum der langen Wege benötigt den Neubau einer hochproduktiven, zentralen Medizinfabrik
- Von allen Mitarbeitern ist jetzt nicht passiver Widerstand gefragt, sondern aktive Mitwirkung
- Wenn beides nicht zu zuverlässig schwarzen Zahlen führen wird, kann die Stadt Mannheim nicht länger Eigentümerin bleiben!
- Bis dahin jedoch wird es noch ein paar Kapitalspritzen brauchen, die den Haushalt stark belasten werden.

Unsere Basics

In der Kommunalpolitik wird das meiste mit großer Mehrheit oder sogar einstimmig beschlossen, weil es pragmatisch sinnvoll ist und ideologische Konterbande der anderen Parteien nicht immer leicht zu entdecken und verständlich zu vermitteln ist. Damit kein falscher Eindruck entsteht, will ich daher zu Anfang etwas darüber sagen, wo sich unsere Ansichten von den meisten – nicht allen - hier im Gemeinderat vertretenen unterscheiden.

- Wir halten es für falsch, Frauen und Männer kulturkämpferisch so aufeinanderzuhetzen, dass sie sich nicht mehr hinreichend reproduzieren, und 25% der Akademikerinnen überhaupt keine Kinder mehr großziehen.
- Wir halten es für falsch, sich vorzumachen, dass wir Deutschlands demografische Defizite auffüllen können durch Import von Millionen kulturfremder Menschen mit wenig wissenschaftlicher und industrieller Tradition, aus Clangesellschaften ohne Bürgersinn und demokratische Erfahrung, mit atavistischen Religionen voller Starrheit und Grausamkeit

- Die von Bund und Ländern verfolgte Strategie, Energie knapp, teuer und unzuverlässig zu machen, kann nur in Deindustrialisierung und Armut enden und leicht zum Ende der Demokratie führen.
- Das Gleiche gilt für Einschränkungen der individuellen Mobilität
- Wir würden es für richtig halten, wenn unterschiedlich starke Wirtschaftsräume innerhalb des Euroraums wieder die Möglichkeit hätten, auf- und abzuwerten und so ihre Industrien zu verteidigen und ihren Lebensstandard durch eigene Arbeit und nicht durch Transfers der Nachbarn zu sichern
- Wir glauben, dass Staaten willens und in der Lage sein müssen, ihre Grenzen und ihre Rechts- und Sozialordnung bevorzugt für ihre eigenen Bürger zu verteidigen
- Wir lehnen es ab, wenn der Staat versucht, den Bürgern einen bestimmten Lebensstil anzuerziehen und den natürlichen Pluralismus durch Staatswahrheiten zu ersetzen.

Warum habe ich das gesagt?

Vor einigen Wochen war ich auf der Startveranstaltung zu **Urban Thinkers Campus** hier in N1, wo die Verwaltung uns einreden will, die Stadtgesellschaft brauche für die nächsten Jahrzehnte ein Leitbild dafür, wohin sie sich entwickeln will. In Wirklichkeit geht es darum, es so aussehen zu lassen, als böten die Zielvorstellungen des linksgrünen Milieus die einzig vertretbare Option, deren Richtigkeit man aus irgendwelchen UN-Beschlüssen ableiten könnte. Dieser aus Steuermitteln finanzierten Veranstaltung mangelte es völlig an Pluralismus. Moderatoren, Referenten und geladene Diskutanten hatten alle ein ähnliches politisches Gesangbuch. Dies gilt übrigens für viele von der Stadt ausgerichtete Veranstaltungen.

Im Hinblick auf die dafür eingesetzten Haushaltsmittel sind das natürlich Peanuts, aber wir reden hier über die geistige Offenheit nicht nur innerhalb der Stadtgesellschaft.

Reden wir jetzt aber über Geld und Prioritäten!

Grundsätze

Zu den Haushaltsberatungen für 2016/17 hatten wir ein paar einfache und klare Grundsätze formuliert. Jetzt haben wir sie noch einmal nachgelesen und festgestellt, dass wir kein Wort ändern müssen:

1. Steuererhöhungen sind tabu. Die Stadt muss mit dem haushalten, was ihr bisher zusteht.
2. Wir unterstützen Maßnahmen der Stadtentwicklung, die geeignet sind, die Sozialstruktur positiv zu beeinflussen.
3. Dennoch werden die Sozillasten ansteigen und müssen getragen werden.
4. Wenn wir wollen, dass die Kultur und die Wirtschaftskraft der Stadt erhalten bleiben, muss mehr in frühkindliche Bildung investiert werden.
5. Der Personalkostenanteil muss sinken, damit der investive Anteil gehalten werden kann.
6. Die Stadt kann keine neuen Einrichtungen und Infrastrukturen schaffen, solange die vorhandenen unter einem Investitionsrückstau leiden.
7. Wir unterstützen mit wenigen Ausnahmen notwendige Haushaltsstrukturprogramme.
8. Wir beantragen bzw. unterstützen mehr Einsparungen als wir zusätzliche Aufwände fordern.

Daran werden wir uns bei den Abstimmungen über die vorliegenden Anträge halten. Zur Vermeidung zeitraubender Doubletten haben wir selbst nur einen Antrag eingebracht. Auf ihn werde ich zuletzt kommen.

Erstaunlicherweise findet sich im Haushaltsentwurf fast nichts über die richtig teuren Investitionen, die sich in der Diskussion befinden. Genau deswegen wollen wir hier auf diese eingehen.

Stadtbibliothek

Eine zentrale Stadtbücherei gehört für uns ins Stadtzentrum. Ein Konzept, dem wir zustimmen können, kann nur ein Gesamtkonzept sein, das folgendes umfasst

- Die Bibliothek an einem gemeinsamen Standort,
- Den Ratssaal und hinreichende Sitzungsräume im Zentrum
- Den dauerhaften Erhalt aller Parkplätze unter N1
- Den Erhalt oder den vollständigen, nahegelegenen Ersatz aller Parkplätze in und unter N2
- Die Zukunft des städtischen Anteils an N1 und die Zukunft des Dalberghauses
- Die Summe aller Kosten und Erlöse aus diesen verbundenen Projekten
- Per Saldo keine dauerhafte Mehrbelastung des städtischen Haushalts.

Auch wer mit der Bibliothek in die Neckarstadt möchte, muss zuvor alle diese Themen abgearbeitet haben. Wir werden jedenfalls keinem Konzept zustimmen, das hier Fragen offen lässt. Das Thema ist bisher mit Fokus auf ein Büchereigebäude von der zuständigen Bürgermeisterin vorangetrieben worden. Aber, bei allem Respekt, angesichts der Gesamtkomplexität kann das nicht so bleiben. Dieses Multi-Immobilienthema muss Chefsache werden.

Nationaltheater

Das Nationaltheater ist uns lieb und teuer. Seine Auslastung ist vorbildlich, seine künstlerische Reputation wärmt das Herz, sein absoluter Subventionsbedarf ist besorgniserregend. Gerne wird auf die arme Zeit verwiesen, in der das Gebäude errichtet wurde. Allerdings war die arme Zeit auch arm an Sozialleistungen. Das Theaterpublikum hatte genügend Zukunftsvertrauen, sich sein Privileg zu erstreiten.

Aber - wenigstens € 200 Mio. sind sehr viel Geld. Geld das möglicherweise nicht reicht, schaut man auf Sanierungen in Frankfurt oder Stuttgart. Vor einiger Zeit hatten wir danach gefragt, was das Theater eigentlich über seine Besucher weiß, insbesondere die Altersstruktur und die Chancen, die Besucherzahlen auch in Zukunft zu halten. Die Antwort war – um es freundlich auszudrücken – unbefriedigend. Das Theater hat keine Ahnung, was der Schnawwl und die Zwangsbesuche von Schulklassen zehn und zwanzig Jahre später bewirkt haben und bewirken werden.

Es ist eine riskante Entscheidung, - unbeschadet der noch ungeklärten Finanzierung – mehr als 200 Mio. auszugeben, wenn man sich an die demografischen Daten der heutigen Schüler und jungen Berufstätigen hält, und sich fragt, ob die Besucher von TimeWarp wohl demnächst ein Theaterabo erwerben werden. Werden Menschen, die keine Tageszeitung mehr abonnieren, noch ins Theater und – noch anstrengender – in die Oper gehen?

Natürlich wissen wir es auch nicht, aber ein Teil der Planungsmittel muss nach unserer festen Überzeugung für Marktforschung abgezweigt werden. Das ist Aufgabe der Intendanz.

BUGA

Unsere magische Zielzahl für die BUGA lautet: aus dem Investitionshaushalt und dem Durchführungshaushalt dürfen am kommunalen Steuerzahler insgesamt nicht mehr als ca. € 75 Mio. hängen bleiben, incl. Grünzug, Luisenpark, innerstädtische Maßnahmen, Verlustausgleich etc. – so wie es beim Bürgerentscheid versprochen war. Ob die Investitionen 105 Mio. betragen oder mehr oder weniger ist nicht die entscheidende Zahl.

Jetzt warten wir auf das Attraktivitätskonzept. Schon im Dez. 2015 haben wir auf unserer Website mehr Kreativität und mehr Green High-Tech gefordert. Den Gedanken hat die CDU jetzt freundlicherweise aufgenommen. Eine reine Blümchenschau würde in der heutigen Zeit ebenso wenig nach Mannheim passen, wie eine volkspädagogische Belehrung über Footprints und ökologische Lebensführung. Wir wollen zumindest auch eine Ausstellung oder Lehrschau innovativer grüner Hochtechnologie.

Man muss sich auch trennen können

Viele teuren und unwirtschaftlichen Aufwendungen einer Stadt sind mit überkommenen, nicht mehr bedarfsgerechten Gebäuden verbunden. Wir erwarten vom städtischen Immobilienmanagement, dass es mit der Kaltschnäuzigkeit eines Rechnungshofs auf Nutzungen und Unternutzungen hinweist, die einfach zu teuer sind und zu gigantischen, nicht überwälzbaren Kosten für die Einzelleistung führen.

Herschelbad

Ein solches Beispiel ist das Herschelbad. Das Raumprogramm des Architekten ist 100 Jahre alt. Die Strukturen sind veraltet und die künstlerische Ausgestaltung ist im Krieg verloren. Demzufolge haben uns die Vorschläge für ein semi-privates Wellness-Bad nicht überzeugt. Am Ende aller fehlgeschlagenen Abenteuer landen deren Trümmer immer bei der Stadt Mannheim. Wir können uns jedenfalls für die Zukunft des Herschelbades nur eine durch und durch trockene Lösung vorstellen. Es wird Zeit, dass die Verwaltung in diese Richtung nachdenkt und Strategien entwickelt.

Multihalle

Die jüngsten Bemühungen haben bestätigt, dass es keine vernünftige Nutzung für die Multihalle geben kann, weder im Sommer noch im Winter. Auch bleiben wir dabei, dass es reine Hybris wäre, ein Bauwerk, das konstruktiv auf eine Lebensdauer von einem oder wenigen Jahren ausgerichtet war, für die Ewigkeit konservieren zu wollen. Wir lehnen es daher ab, dass wider jede Vernunft weiterhin mit Haushaltsmitteln Regentänze aufgeführt werden, um den Anschein zu erwecken, es könne in nennenswertem Umfang Sponsoren geben für ein nutzloses, instabiles Dach. Einen zwanzig Meter langen Eingangstunnel als Zitat zu erhalten, reicht aus, um der Erinnerungskultur Genüge zu tun.

Zuschüsse

Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung schlägt die Verwaltung vor, die kommunalen Zuschüsse für die laufende Arbeit einer Vielzahl von kleineren Vereinen und Verbänden um 1% zu kürzen. Das tragen wir nicht mit. Auch wenn wir nicht jeden

Vereinszweck gleich wichtig finden, so engagiert sich hier doch auf vielfältigste Weise und weit überwiegend die deutsche Parallelgesellschaft und hält das Gemeinwesen Mannheim am Laufen. Das ist der Unterschied zwischen Stadtgesellschaft und Charity.

Für vollständige Streichung plädieren wir erneut, wenn auch vermutlich leider aussichtslos in zwei Fällen:

- Beim sog. JUZ, dem "Jugendzentrum in Selbstverwaltung" können wir nach wie vor nicht recht unterscheiden, wo offene Jugendarbeit aufhört und die regelmäßig – zuletzt in Hamburg - gewalttätige ANTIFA anfängt.
- Und die sog. "Klimaschutzagentur" ist keine kommunale Aufgabe. Wenn es diesen Subventionsempfänger nicht gäbe, unterbliebe in Mannheim keine einzige sinnvolle Investition zur Energieeinsparung. Es gibt ein riesiges anderweitiges Beratungsangebot und getarnte Parteipropaganda an Schulen ist überflüssig. Alles Wichtige über Energie sollte man im Physikunterricht lernen.

Frühkindliche Spracherziehung

Zuletzt komme ich zum einzigen ausgabewirksamen Antrag, den wir von uns aus erneut einbringen.

Grundschullehrerinnen berichten uns – mit der Bitte, sie nicht namentlich zu nennen, das sei sonst schlecht für ihre Beurteilung – dass wie schon vor zwei Jahren im Durchschnitt der Gesamtstadt mehr als 20% der Erstklässler erhebliche Probleme mit der deutschen Unterrichtssprache hätten. Weder Wortschatz noch Grammatik seien altersgerecht entwickelt. Also würden Arbeitstempo und Anforderungen abgesenkt und die Binnendifferenzierung bis zum Chaos gesteigert.

Dadurch sind Kinder aus einfachen sozialen Verhältnissen mit und ohne Migrationshintergrund erheblich benachteiligt. Wir fordern daher erneut wie schon vor zwei Jahren, dass jährlich wenigstens 1.600 von 8.000 Kita-Kindern in 40 Wochen pro Jahr jeweils 4 Förderstunden Deutsch in Gruppen von 1- 3 Kindern erhalten sollen. Damit soll versucht werden nachzuholen, was die übrigen Kinder in erster Linie von ihren Müttern ganz beiläufig vermittelt bekamen.

Wenn wir uns die Aktivitäten der Verwaltung auf diesem Gebiet anschauen, so gibt es Koordinatorinnen und Supervision und Evaluation und Fortbildung, aber es kommen viel zu wenige zusätzliche Kontaktstunden bei den bedürftigen Kindern an.

Wir sind davon überzeugt, dass eine Aufwandsentschädigung ausreicht, um in und um Mannheim 320 qualifizierte Sprachmittler (Studenten, Hausfrauen, Rentner) zu finden, die genügend kinderlieb, stressresistent und deutschmächtig sind, um einen massenhaften, nachweisbaren, positiven Effekt zu erzielen.

Wir fordern, dass hierfür aus dem städtischen Haushalt 2018 € 0,75 Mio. und ab 2019 € 1,5 Mio. bereitgestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen Gemeinderäte. Wir sprechen hier über die wahren Kosten einer ernsthaften, im richtigen Alter ansetzenden Integrationsförderung. Und

natürlich über die wahren Folgekosten einer falschen Einwanderungspolitik. Erkennen Sie sie endlich an!

Fazit

Die aktuellen Gefahren für Mannheim, seine Menschen und deren wirtschaftliche und kulturelle Betätigung gehen nicht in erster Linie von ein paar falschen oder richtigen kommunalpolitischen Entscheidungen aus, sondern von den eingangs erwähnten, selbstzerstörerischen Politiken, in denen sich die bisherigen Bundestagsparteien leider überwiegend einig sind. Und davon, dass die Stadt keinerlei Reserven hat, wenn auch nur ein weiteres größeres Unternehmen in Schwierigkeiten kommt.

Unsere Abstimmung über den Haushalt ist offen. Entscheidend wird sein, in welche Richtung die Veränderungen im Laufe der Beratung gehen werden. Wir werden sehen, ob der Haushalt nach drei Tagen solider oder unsolider sein wird. Dann werden wir uns entscheiden.

Ich schließe mit dem verdienten Dank an meine beiden Kollegen in der BÜRGERFRAKTION, sowie an alle mit der Vorbereitung und Unterstützung der Haushaltsberatungen befassten Mitarbeiter der Verwaltung.

Unsere Beratungen wünsche ich einen wohlgezogenen und konstruktiven Verlauf.

BÜRGERFRAKTION

im Gemeinderat der Stadt Mannheim

Roland Geörg
Dr. Gerhard Schöffner
Eberhard Will

Geschäftsstelle

BÜRGERFRAKTION
Rathaus E5
68 159 Mannheim
Tel: 0621 293-4938
Mail: info@buengerfraktion-ma.de